

Streit um Bankenabgabe geht in finale Phase

Deutschland und Frankreich bereiten ein gemeinsames Konzept für eine europaweite Bankenabgabe vor. Details sollen am heutigen Dienstag besprochen werden. Während Bankenvertreter rebellieren, fordern die deutschen Gewerkschaften mehr – und hoffen auf die französische Wirtschaftsministerin Christine Lagarde.

von Dietrich Creutzburg und Holger Alich



Skyline von Frankfurt: Nach Plänen von Finanzminister Schäuble soll die deutsche Finanzwirtschaft 1,2 Mrd. Euro pro Jahr in einen neuen Fonds einzahlen. Quelle: ap

BERLIN/PARIS. Details zu einer europaweiten Bankenabgabe will die Bundesregierung am heutigen Dienstag mit der französischen Wirtschaftsministerin Christine Lagarde besprechen, die bei ihrem Besuch in Berlin sogar an der Kabinettsitzung teilnehmen soll. Während Bankenvertreter schon rebellieren, knüpfen die deutschen Gewerkschaften große Erwartungen an den Besuch: Aus ihrer Sicht greifen die vorliegenden Pläne für eine deutsche Bankenabgabe viel zu kurz. Sie hoffen in ihrem Kampf für eine strengere Finanzmarktregulierung daher auf Hilfe der französischen Ministerin.

„Der Besuch von Frau Lagarde wäre ein hervorragender Anlass, eine deutsch-französische Initiative für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer zu starten“, sagte Claus Matecki, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), dem Handelsblatt. Doch leider neige die Bundesregierung dazu, „sich ausgerechnet bei solchen zentralen Themen auf der internationalen Bühne hinten anzustellen“. Derweil seien die vorliegenden Pläne für eine Bankenabgabe „in Richtung und Umfang problematisch“: Sie zielten zwar auf Krisenprävention für die Zukunft – für die Kosten der aktuellen Krise werde die Finanzbranche damit aber nicht herangezogen, kritisierte Matecki.

Nach den Plänen von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), über die das Bundeskabinett im Beisein der französischen Kollegin Lagarde beraten wird, soll die deutsche Finanzwirtschaft künftig knapp 1,2 Mrd. Euro pro Jahr in einen neuen Fonds einzahlen. Der Fonds müsste dann in Zukunft anstelle der Staatskasse vorrangig einspringen, falls wieder einmal eine Bank in Schieflage gerät. Drei Viertel des Volumens, zusammen 900 Mio. Euro pro Jahr, sollen nach den Plänen private Institute beisteuern. Die Landesbanken wären mit 200 Mio. Euro im Boot, Sparkassen mit 44 und Volksbanken mit 40 Mio. Euro.

„Eine Abgabe in der geplanten Höhe würde erst in 100 Jahren etwas helfen“

Während die Finanzwirtschaft zum Teil bereits heftig rebelliert, hält DGB-Vorstand Matecki die geplante Regelung gleich in mehrfacher Hinsicht für unzureichend: Mit dem geplanten Volumen seien weder die bereits eingetretenen Krisenschäden zu beheben, noch entstünden damit ausreichende Rücklagen zur Behebung künftiger Krisen. „Die derzeitigen Krisenkosten belaufen sich auf rund 100 Mrd. Euro – es würde also fast 100 Jahre brauchen, um die Kosten der Krise zu tilgen“, sagte er.

Erst recht dürfe die geplante Bankenabgabe keine Ausflucht liefern, um das einst auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) propagierte Projekt einer echten Finanztransaktionsteuer weiter hinauszuschieben. Entscheidend sei die ökonomische Steuerungsfunktion, betonte er: „Sie dämmt Spekulationen ein und macht Finanzströme transparent.“

Dahinter steht die Idee einer Abgabe auf alle Finanzmarkttransaktionen – gegebenenfalls gestaffelt nach dem Risiko der jeweiligen Geschäfte. Schon bei einem Steuersatz von maximal 0,1 Prozent könne die deutsche Staatskasse Einnahmen von 13,5 Mrd. Euro erzielen, rechnet Matecki vor. Im Übrigen gebe es keinen Grund zur Sorge, dass eine solche gestaffelte Steuer die Kreditvergabe erschwere: „Wo sich hochriskante Spekulation mit Derivaten weniger lohnt, wird das konventionelle Kreditgeschäft wieder attraktiver.“

Geht es nach der französischen Regierung, könnte ein gemeinsames Konzept durchaus über den deutschen Ansatz einer Bankenabgabe mit Präventionscharakter hinausgehen: Frankreich plant ebenfalls bereits eine Abgabe und stellt seinen Ansatz explizit in einen Zusammenhang mit dem Projekt einer weltweiten Finanzsteuer, wie sie auf dem Höhepunkt der Krise fast alle führenden Staats- und Regierungschefs propagiert hatten.

„Am Ende werden doch die Staaten als Bankenretter in der Pflicht bleiben“

Bisher ist zwar offen, ob die französische Abgabe einen Krisenfonds oder die Staatskasse speisen soll. Lagarde zeigt aber Sympathie für die zweite Variante. Schließlich blieben am Ende doch „die Staaten in der Pflicht, bei Bankenschieflogen auszuhelfen“, argumentierte sie kürzlich in einem Interview. Mit der endgültigen Ausgestaltung will die Regierung in Paris noch warten, bis der Internationale Währungsfonds (IWF) voraussichtlich im April seine Vorschläge für eine internationale Finanzsteuer vorgelegt hat.

Geht es nach dem DGB, hätte eine Finanzmarktsteuer ihre Berechtigung freilich nicht nur in der Finanzierung von Bankenhilfen. Ebenso wichtig sei es, den Bankensektor an der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu beteiligen – anstatt diese nun wegen leerer Kassen einzuschränken. Mit den Einnahmen einer solchen Steuer könne man „mehr Lehrer und bessere Schulen finanzieren“, betonte Matecki. Das stärke auch die Binnenwirtschaft und könne außenwirtschaftliche Ungleichgewichte entschärfen.

Dass sich die Bundeskanzlerin nicht stärker dafür engagiere, sei schwer zu begreifen, da sich Merkel auf der internationalen Bühne „ja offensichtlich sehr gut durchsetzen kann, wenn sie nur will“, sagte Matecki. Das habe sie beim Umgang mit der griechischen Schuldenkrise schließlich gerade gezeigt.

Krisenprävention

Ziel

Mit einer Art Versicherungslösung will die Regierung einer Belastung der Staatskasse durch zukünftige Finanzkrisen vorbeugen. Banken sollen nach einem festgelegten Schlüssel, der die Bilanzsumme und Risikoaspekte berücksichtigt, jährlich knapp 1,2 Mrd. Euro in einen Fonds zahlen.

Kritik

Der geplante Fonds dient zwar der Prävention. Er gleicht für den Staat aber nicht die Lasten der aktuellen Krise aus. Das bemängeln vor allem Gewerkschafter und SPD. Sie kämpfen daher weiter für eine Finanzmarktsteuer, die die Staatskasse auffüllen soll. Immerhin seien schon Einbußen von 100 Mrd. Euro entstanden.

